

schaft darüber geben, was in den Parteien und in ihren jeweiligen eigenen Zirkeln vor sich geht; die „Ehrenhaften“, die ihr Gesicht abwenden, wenn etwas passiert, als ob sie die politische Praxis nichts angehe; und besonders diejenigen „Ehrenhaften“, die die Möglichkeit haben, im öffentlichen Leben mitzumischen, aber jede Verantwortung ablehnen, weil sie sich die Hände nicht schmutzig machen wollen.

Der Kardinal wendet sich an die Verbände, an die öffentliche Verwaltung („Es ist nicht moralisch, ganze Bereiche der Unwirksamkeit zu überlassen“), an die Medien, die die kleine „Laterne kritischen Bewußtseins“

nicht erst hochhalten sollen, wenn die Skandale aufgedeckt werden, und „in erster Person“ auch an die Kirche. Das Wachen sei nicht alleine Sache der Hierarchie, es müsse „tägliche Praxis in den Pfarreien, Gruppen und Bewegungen werden“ und es müsse zur Geltung kommen gegenüber den Benachteiligten und den von der Gesellschaft an den Rand gedrängten in praktischer Solidarität durch Wiederherstellung von „Beziehung“ im Sinne menschlicher Zuwendung. Des Kardinals Programm: eine Kultur des Wachens anstelle einer Kultur des bloßen Protests. Nur sie ermögliche die nötige Besinnung und öffne den

Weg auch zu den notwendigen institutionellen Reformen.

Die Bedeutung des Hirtenbriefes liegt nicht allein im Geschriebenen, sondern noch mehr in der Person des Schreibers. Der Erzbischof von Mailand ist zur Zeit eine der ganz wenigen Autoritäten, die in Italien weit über ihren engeren Wirkungskreis hinaus gehört werden. Es war kein Zufall, daß einer der höchstrangigen italienischen Manager, *Cesare Romiti* von Fiat, ein erstes „Schuldbekentnis“ für seine Kollegen in einer Begegnung von Wirtschaftsführern mit dem Kardinal ablegte. Eine symbolische Geste, aber doch auch ein Lichtblick. A. D.

Abschied vom Sonderfall?

Die Schweiz vor europapolitischen Entscheidungen

Am 6. Dezember werden die Schweizer über die Mitgliedschaft ihres Landes im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abstimmen. Wenn die Entscheidung positiv ausfällt, rückt die Schweiz ein beträchtliches Stück näher an Europa heran. Der Weg nach Europa ist für die Schweizer mit Fragen gepflastert, die an das nationale Selbstverständnis und die in Jahrhunderten gewachsene Identität rühren: Muß die Schweiz ihre Sonderrolle zugunsten der europäischen Integration aufgeben? Was kann sie in das europäische Konzert einbringen? Unser Schweizer Mitarbeiter Rolf Weibel skizziert den gegenwärtigen Diskussionsstand.

Im Jubiläumsjahr der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1991 stellte sich die Frage, welche Rolle die Schweiz künftig im vereinten Europa spielen kann und will, aus gegebenem Anlaß eher grundsätzlich (HK, August 1991, 360–364). Ein Jahr später ist diese Frage bereits ganz praktisch geworden, weil die Schweizer Stimmberechtigten in Volksabstimmungen zu einer europapolitisch bedeutsamen und zu einer unmittelbar europapolitischen Frage Stellung nehmen müssen. Am 27. September sprachen sich die Stimmenden mit 63 Prozent Ja- gegen 37 Prozent Nein-Stimmen für die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) aus; damit können zusätzliche Kapazitäten für den Transitverkehr bereitgestellt werden, was die schweizerische Gegenleistung für die Garantien der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Transitvertrag ist, welcher seinerseits eine Voraussetzung für die Teilnahme der Schweiz am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ist. Und über die *Beteiligung der Schweiz am EWR* werden die Stimmberechtigten bereits am 6. Dezember zu entscheiden haben.

Obwohl der EWR-Vertrag im wesentlichen ein wirtschaftliches Vertragswerk zwischen der EG und den Mitgliedern der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) ist – mit ihm wird hauptsächlich der Anschluß an den *Binnenmarkt* geregelt –, geht die europapolitische Auseinandersetzung immer noch über wirtschaftspolitische Fragen weit hinaus. Selbst auf die Abstimmung über den EWR-Vertrag hin haben sich Befürworter und Befürworterinnen der politischen Linken zu einem Ausschuß nicht nur „kritisch für den EWR“, sondern zunächst „für eine soziale Schweiz in einem sozialen Europa“ zusammengeschlossen.

Vor einer bewußt neuen Orientierung?

Auf der Pressekonferenz dieses Ausschusses hat der Schriftsteller *Peter Bichsel* (NZZ, 7.10.92) gar erklärt, es sei ihm sehr recht, daß der EWR-Vertrag nur Wirtschaftliches behandle, so bleibe Zeit, um nach der schweizerischen Kultur und ihrer Gefährdung in Europa zu fragen. Wenn die Schweiz nämlich innerhalb Europas etwas sein wolle, habe sie eine Identität zu finden, „eine Kultur der Gegenden“; und weil er überzeugt ist, daß sie eine hat, konnte er gleich erklären: „Ich freue mich auf das Dazugehören.“ Einen analogen Gedanken äußerte die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz in ihrem Wort zum Eidgenössischen Betttag des Jubiläumsjahres 1991, in dem sie unter anderem der Hoffnung Ausdruck gab „auf die Teilnahme am Bau eines neuen friedlichen und geschwisterlichen Europa, auf größere internationale Solidarität aufgrund des Dialoges der Kulturen und auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik“.

Dieses Dazugehören- und Teilnehmen-Wollen kennzeichnet die Schweiz der Gegenwart im Vergleich zur Schweiz vor fünfzig Jahren. Auch das wurde im Jubiläumsjahr verschiedentlich angesprochen. So hat der gebürtige Schweizer Theologe *Hans Küng* (Tübingen) am 23. November 1991 in seinem Festvortrag an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, am sogenannten ETH-Tag, in der gegenwärtigen Schweiz „einen Paradigmenwechsel großen Stils“ beschrieben: Von einer vor fünfzig Jahren notwendigen Orientierung „nach innen und nach rückwärts“ müsse die Schweiz heute zu einer bewußt neuen Orientierung finden, zu einer Orientierung „nach außen und nach vorn“.

Die damalige Orientierung war wesentlich eine Abwehr der faschistischen Bedrohung wie der Vorstellung eines faschistischen Europa; für sie steht vielfach der Begriff „Réduit“, wie der Notplan der Landesverteidigung während des Zweiten Weltkrieges genannt wurde, aufgrund dessen die Armee im Landesinnern, in der „Alpenfestung“, konzentriert wurde. Daß in der Nachkriegszeit die Schweiz dem sich versöhnenden und sich auch institutionell vereinigenden Europa gegenüber äußerst zurückhaltend war, wurde vielfach damit begründet, die Schweiz sei ein „Sonderfall“: ihre politischen Institutionen (wie zum Beispiel die Neutralität) und ihre politische Kultur (wie zum Beispiel der ausgeprägte Föderalismus mit einer erheblichen Gemeindeautonomie) würden eine Beteiligung an den europäischen Institutionen nicht ohne Gefährdung der staatlichen Identität oder gar der Eigenstaatlichkeit erlauben.

Der Weg von der wehrhaften Abkapselung bis zur im Gefolge zumindest der wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten notwendig gewordenen grundsätzlichen Neuorientierung Europa gegenüber ist auch für Historiker das wesentliche Merkmal der gesellschaftlichen Entwicklung der Schweiz im letzten halben Jahrhundert. Die im Zusammenhang des Jubiläumsjahres geplante und dieses Jahr durchgeführte zeitgeschichtliche Veranstaltung des Schweizerischen Landesmuseums titelt diesen Zeitraum denn auch „Sonderfall? Die Schweiz zwischen Réduit und Europa“.

Eine Ausstellung versucht, mit drei Begriffspaaren der Zeitachse eine thematische Struktur zu unterlegen, die das Spannungsfeld des „Sonderfalles“ zwischen innen und außen, offen und geschlossen aufzuzeigen vermag: Die dreißiger und vierziger Jahre: Igel Schweiz – Asylland Schweiz, die fünfziger und sechziger Jahre: Demokratie und Freiheit – Ausgrenzung und Diskriminierung, die siebziger und achtziger (bzw. bis neunziger) Jahre: Politische Neutralität – wirtschaftliche Verflechtung. Am Ende dieses Weges meldet sich unerbittlich zumindest ein Entscheidungsbedarf. „Die traditionelle Zweiteilung in passive, isolationistische Außenpolitik und aktive, offene Außenwirtschaftspolitik sieht sich durch die zunehmende politische und wirtschaftliche Verflechtung, die multilateralen Abkommen und die steigende Bedeutung der internationalen Organisationen vor immer größeren Heraus-

forderungen“ (*Walter Leimgruber*, Projektleiter der Ausstellung).

So ist weiter nicht erstaunlich, daß in diesem Zeitraum das Nationalgefühl und die nationale Identität nie so in Frage gestellt wurden wie in den achtziger Jahren. Gleichzeitig veränderte sich aber auch die Einstellung der Schweizer und Schweizerinnen zur EG, wie die (West-)Schweizer Gruppe der europäischen Wertestudie (vgl.: *Die Werte der Schweizer*, Bern 1991) feststellt. Im Januar 1989 fanden 45 Prozent der Schweizer und Schweizerinnen, daß sich die Schweiz an der EG beteiligen sollte; sieht man von den Antwortverweigerungen ab, sprach sich gar eine Mehrheit von 58 Prozent für eine Beteiligung aus. „Wie es sich schon in vorherigen Befragungen gezeigt hat, bewerten die Westschweizer und die Tessiner einen schweizerischen EG-Beitritt positiver als die Deutschschweizer.“ Dennoch ist für die Politologin *Anna Melich* bemerkenswert, daß vor allem die deutsche Schweiz, die bisher aus traditionellen Gründen die EG eher zurückhaltend beurteilt hat, eine deutliche Wende hin zu Europa vollzieht. „Einen Deutschschweizer Beitritt könnte man als einen ‚von der Vernunft‘ bestimmten bezeichnen; ein Westschweizer Beitritt wäre vielmehr von ‚sentimentalen‘ Beweggründen bestimmt.“

Das Soziogramm dieser Mehrheit indes ist nicht überraschend: Es sind vor allem junge Erwachsene (72 Prozent der 20- bis 25jährigen gegenüber 46 Prozent der über 55jährigen), Leute mit höherer Schulbildung (68 Prozent der Befürworter haben einen Hochschul- und 67 Prozent einen Fachhochschulabschluß gegenüber 44 Prozent mit nur Volksschulabschluß), leitende Angestellte und Firmenchefs (70 Prozent), Leute mit höherem Einkommen. Auch die erhobenen Elemente ihres Psychogramms sind nicht überraschend verteilt: 74 Prozent der politisch links Stehenden gegenüber 40 Prozent der politisch rechts Stehenden sind für eine Öffnung der Schweiz hin zu Europa; 71 Prozent der „Postmaterialisten“ gegenüber 40 Prozent der „Materialisten“ sind für eine europäische Integration.

Starke Verunsicherung im Blick auf Europa

Für die *Befürworter* eines EG-Beitritts der Schweiz stellt die Schweizer Demokratie kein Hindernis dar. Trotzdem „ist dieser Personenkreis am vorsichtigsten, was die aktuelle Definition von ‚Demokratie‘ betrifft; eine große Mehrheit derjenigen Personen, die gegenüber der aktuellen Bedeutung der schweizerischen Demokratie Bedenken hegen, befürwortet die EG. Die Bürger, die der ‚europäischen Idee‘ am nächsten stehen, empfinden also einen ausgeprägten Nationalstolz, beurteilen aber auch die repräsentativsten politischen Institutionen der Schweiz mit einer gewissen Skepsis“ (*Anna Melich*). Zusammenfassend charakterisiert *Anna Melich* die Schweizer und Schweizerinnen, die gegenüber den Veränderungen im Gefolge eines Beitritts zu europäischen Institutionen am positivsten eingestellt sind, als „politisch links Stehende, deren geographisches und politisches

Zugehörigkeitsgefühl als ein internationales bezeichnet werden kann und die eine ‚wahre Demokratie‘ genauso wie eine ‚echte‘ Schweiz hochschätzen“.

Gegen einen EG-Beitritt sprachen sich 32 Prozent der im Rahmen der Wertestudie Befragten aus: 36 Prozent erklärten die EG-Mitgliedschaft und die Neutralität als unvereinbar, 25 Prozent die EG-Mitgliedschaft als Behinderung der direkten Demokratie und 24 Prozent stimmten einer „Sonderfall“-Kategorie zu („Die Schweiz benötigt die EG nicht, um weltweit eine Rolle zu spielen.“). Einen wirklichen *Isolationismus* befürworteten indes nur 8 Prozent der Befragten. Deshalb sei der Personenkreis, für den der schweizerische „Sonderfall“ existiert, für die moderne Schweiz nicht repräsentativ, urteilt Anna Melich. „Dennoch spielt dieser Personenkreis in einem Land wie der Schweiz eine Rolle; er repräsentiert sozusagen als ‚nationales Réduit‘ die historisch bedingten sozialen und politischen Konfigurationen der Schweiz“.

In bezug auf den Platz der Schweiz im neuen Europa ist die Idee des „Sonderfalles“ hingegen in keiner Hinsicht tragfähig. Mehr noch, ihr Bedeutungsverlust hat wohl nicht unwesentlich zur starken Verunsicherung der Schweiz über ihre Rolle in einem künftigen Europa beigetragen. So sehen es auch die sozialetischen Kommissionen der großen Schweizer Kirchen, die Schweizerische Nationalkommission *Justitia et Pax* und die Kommission des Instituts für Sozialetik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes: „Nachdem wir die Schweiz während Jahrzehnten als Sonderfall betrachtet haben, bekunden wir Mühe, von diesem Sonderfall-Denken wegzukommen. Da die Idee von der Schweiz als Sonderfall geradezu zum Bestandteil schweizerischer Identität geworden ist, stürzt uns der drohende Abschied von ihr gleichsam in eine *Identitätskrise*.“

Die Schweiz kann ihre Identität deshalb nur so neu definieren, daß sie gleichzeitig auch Ideen in bezug auf ihren Platz im neuen Europa entwickelt. Dazu leisten die beiden Kommissionen mit ihrer gemeinsamen Studie „Frieden in Europa. Eine Herausforderung für die Schweiz“ einen bemerkenswerten Beitrag. Darin gehen sie den Fragen nach: „Wie könnte eine auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ausgerichtete Architektur Europas aussehen? Welchen sozialetischen Kriterien hat sie zu genügen? Welchen Beitrag könnte, ja sollte die Schweiz zum Aufbau einer solchen europäischen Friedensordnung zum Wohl des ganzen europäischen Hauses und ohne Schaden für die Menschen in anderen Kontinenten leisten?“

Europapolitisch von besonderem Interesse ist, daß diese Studie *allen europäischen Institutionen* nachgeht und bei ihren Empfehlungen nicht nur die Politik anspricht. So erinnert sie zum einen daran, daß die Europapolitik sich nicht in den auf die EG bezogenen Fragen erschöpfen darf, auch wenn diese zur Zeit besonders aktuell sind – wie die bevorstehende Volksabstimmung über den EWR-Vertrag oder die weitere Entwicklung der Beteiligung an der EG, nachdem der Bundesrat (die Landesregierung) der

EG-Präsidentschaft am 26. Mai 1992 ein Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eingereicht hat: die Schweiz müßte vielmehr ihre Verantwortung auch im Rahmen des Europarates und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wahrnehmen und namentlich auch zur Eingliederung der neutralen und nichtblockgebundenen Staaten in eine gesamt-europäische Friedensordnung aktiv beitragen.

Zusammenarbeit nicht gefragt?

Zum andern hält die Studie dafür, daß ein allmähliches Zusammenwachsen Europas *nicht einzig auf Regierungsebene* erfolgen könne; längerfristig dürfte dieses Ziel nur mit einer Verschränkung der politischen Bemühungen mit dem zwischengesellschaftlichen Austausch zu erreichen sein. Die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Organisationen und Verbände hätten die Aufgabe, „durch eine Intensivierung des Informations- und Kulturaustausches mit ähnlichen Organisationen in mittel-/osteuropäischen Ländern Feindbilder abzutragen und direkte Kontakte zu ermöglichen“, und das gelte gerade auch für kirchliche Organisationen. „Aufgrund der multikulturellen und multireligiösen Situation im eigenen Land wären die schweizerischen Kirchen in einer guten Ausgangslage, um in diesem Sinne vermehrt aktiv zu werden.“

Nun ist aber nicht zu übersehen, daß nicht zuletzt auf römisch-katholischer Seite in dieser Hinsicht zum einen ein *Mangel* festgestellt werden muß und zum andern dieser Mangel gar nicht als solcher empfunden wird. Wohl pflegen große schweizerische katholische Organisationen und Verbände Beziehungen zu Partnerorganisationen und -verbänden in Europa. Für den Verbandskatholizismus als solchen ist Europa hingegen kein Thema. Zu tun hat das zunächst damit, daß ein nationaler Verbund der katholischen Laienverbände – das nationale Laienkomitee – erst 1965 und letztlich nur auf Wunsch der Bischöfe gegründet wurde. Über dieses Nationalkomitee hätte der Schweizer (Verbands-)Katholizismus mit den (Verbands-)Katholizismen Europas in Beziehung treten und einen Austausch pflegen können. Wohl war den im Nationalkomitee unmittelbar Engagierten am europäischen Austausch sehr gelegen, nur ist es ihnen nicht gelungen, den (Verbands-)Katholizismus selber dafür zu gewinnen, bzw. wurde dem (Verbands-)Katholizismus der europäische Austausch nicht so wichtig, daß er sich des vorhandenen Instrumentes zu bedienen brauchte.

In dieser Zeit erlebten die auf die religiös-kirchliche und kulturelle Arbeit ausgerichteten Vereine und Verbände in der deutschen Schweiz einen derartigen Umbruch, daß er mit guten Gründen als „Zusammenbruch der katholischen Subgesellschaft“ bezeichnet wird; gleichzeitig wurde in der französischen Schweiz die Laienarbeit als Laienapostolat strukturiert und kirchlich organisiert. All das führte dazu, daß das Nationalkomitee zunehmend eine *Angelegenheit der französischen Schweiz* wurde. Zur Zeit sind seine Mitglieder – mit Unterstützung der Bischöfe – allerdings dabei, ein Leitbild zu erarbeiten, um es zu einem

wirklichen Forum des nationalen Austauschs machen zu können; so könnte es auch für die anderen nationalen Laienkomitees in Europa ein verbindlicherer Gesprächspartner werden. Ob die Verbände an dieser Entwicklung interessiert sind, ist jedoch nicht erkennbar, wie denn überhaupt schwer abzuschätzen ist, wie groß das Interesse katholischer Organisationen und Verbände an Kultur und Kulturaustausch ist.

Andere Interessen und andere Mittel

Klar definiert hat der *Schweizerische Caritasverband* seine europapolitischen Interessen. In einem Positionspapier plädiert das Präsidium der Caritas Schweiz „für ein soziales und solidarisches Europa“, und das begleitende ausführliche Diskussionspapier präzisiert im Blick auf die westeuropäische Integration, Osteuropa und die Dritte Welt: „Für ein menschenwürdiges Leben aller“. Mit großem Nachdruck besteht Caritas Schweiz auf der Notwendigkeit eines *europäischen Ethos*. Denn „das wachsende soziale Gefälle in den Ländern Westeuropas, die Überwindung der Spaltung zwischen West- und Osteuropa, der beschleunigte Verarmungsprozeß der Dritten Welt sowie die Migrations- und Asylproblematik konfrontieren die europäischen Staaten mit Herausforderungen, deren Bewältigung durch ausschließlich ökonomische und politische Mittel nicht zu bewerkstelligen ist“. Den in diesen europäischen Problemfeldern zutage tretenden Herausforderungen sei vielmehr mit einer gesamtgesellschaftlichen Neuorientierung zu begegnen, „die vom wirtschaftlichen und politischen Bereich über kulturelle Einstellungen bis in den persönlichen Lebensstil hineinreicht“.

Zu einem „europäischen Ethos“ gehören für die Caritas

Schweiz die Einsicht in die Schuldgeschichte Europas, die Verbindung mit der europäischen Menschenrechtstradition sowie „eine Kultur der Anerkennung der anderen“, die den kulturellen und religiösen Pluralismus in Europa als eine Tatsache anerkennt und mit ihr in einer zukunftsorientierten Perspektive umgeht.

Letztlich ebenfalls ethisch argumentieren die *Schweizer Bischöfe* in ihrem eher blassen Hirtenbrief zum Eidgenössischen Dank-, Buß- und Betttag 1992. „Eine christliche Verantwortung für Europa“, so der Titel, sehen die Bischöfe darin, Grenzen zu überschreiten – „besonders dann, wenn sie nur Schranken, Trennwände und Hindernisse sind, die uns davon abhalten, unsere geistlichen und materiellen Güter christlich mit anderen zu teilen“. Zum Aufbau Europas aktiv beitragen heiße für die Schweizer und Schweizerinnen „zweifelloso, daß wir Ängste überwinden, Privilegien opfern, unseren Reichtum teilen. Es heißt auch, daß wir wirtschaftliche Risiken auf uns nehmen müssen“. Ebenso zweifelloso heiße es aber auch: „Wir werden von den anderen mehr Positives empfangen, als wir heute zu hoffen wagen.“

Ebenfalls aus ethischen Gründen gibt es andererseits Widerstand gegen Schritte der Schweiz auf die EG bzw. EG-Mitgliedschaft zu, wobei auch der EWR-Vertrag als Mittellösung zwischen Alleingang und EG-Mitgliedschaft von der Kritik betroffen ist. Diese wirft der EG vor, ein Europa der Starken und eine „Festung Europa“ zu bauen und wird von Schweizer Künstlern und Intellektuellen, von Mitgliedern von Dritte-Welt- und Ökologie-Gruppen geäußert. Peter Bichsel, der sich auf das Dazugehören freut, hat denn auch noch gesagt, er möchte das Risiko, dazuzugehören, mittragen. „Hart formuliert: Wir haben mitschuldig zu werden.“ Das wäre dann auch der endgültige Abschied vom „Sonderfall“. *Rolf Weibel*

„Die Koedukation ist als pädagogisches Konzept noch gar nicht verwirklicht“

Ein Gespräch mit der Erziehungswissenschaftlerin Doris Knab

In den 60er Jahren ist die koedukative Schule zur Regelschule in der Bundesrepublik geworden. Damit war das Thema der gemischtgeschlechtlichen Erziehung in der wissenschaftlichen wie in der bildungspolitischen Diskussion erst einmal vom Tisch. Seit einigen Jahren jedoch wird die Koedukation im Kontext der Frauenbewegung vor allem durch die wissenschaftliche Frauenforschung erneut problematisiert. Für sie stellt die heutige Form der koedukativen Schule ein Gleichberechtigungshindernis dar, da sie die Einübung in „typisch weibliche“ und „typisch männliche“ Verhaltensmuster und damit in das bestehende Geschlechterverhältnis eher fördert als überwindet. Zur neuerlichen Koedukationskritik befragten wir Doris

Knab, Professorin für Schulpädagogik an der Universität Tübingen. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Frau Professor Knab, die mühsam erkämpfte und seinerzeit als Fortschritt gefeierte Koedukation ist in die Kritik geraten. Ist diese erneute Infragestellung, die besonders von einer feministisch orientierten Sozialisationsforschung betrieben wird, mehr als eine Neuauflage alter Debatten? Warum steht die koedukative Schule erneut zur Diskussion?

Knab: Das Interesse am Für und Wider der Koedukation in der Schule war mit der allgemeinen Einführung der